

kennzeichnet vom unablässigen Bemühen, Deutschland auf demokratischer Grundlage wieder zu vereinen. Getragen von der tiefen Sorge um die Zukunft der deutschen Nation hat die Volkskammer wiederholt eindringlich dargelegt, daß die Entwicklung Westdeutschlands, daß das Wiedererstehen des deutschen Militarismus und der Anschluß der Bundesrepublik an das westliche Paktsystem die Wiedervereinigung Deutschlands bedeutend erschwert und kompliziert. Im Gegensatz zur Bonner Spaltungspolitik schlug die Volkskammer immer wieder gesamtdeutsche Verhandlungen zur Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands vor. Ungezählt sind die Vorschläge, die die Volkskammer zur Wiedervereinigung Deutschlands unterbreitete. Am 18. Januar 1956 schlug die Volkskammer durch den Mund des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor: Beitritt beider deutschen Staaten zu einem Vertrag der kollektiven Sicherheit in Europa — Verminderung der ausländischen Truppen in Deutschland — Unterlassung jeder Anwendung von Gewalt bei der Wiedervereinigung Deutschlands — Bildung eines Gesamtdeutschen Rates. Am 29. Mai 1956 unterbreitete sie die Vorschläge, daß sich beide deutsche Staaten verpflichten, die Wehrpflicht nicht einzuführen und eine Vereinbarung über die Begrenzung der Streitkräfte zu treffen, sich für das Verbot der Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden einzusetzen, die Tätigkeit aller militaristischen und neofaschistischen Organisationen zu verbieten und den Staatsapparat von nazistischen und antisemitischen Elementen zu reinigen. Am 29. August 1956 stimmte sie in einer Resolution der vom Ersten Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, abgegebenen Erklärung zu, in der unter anderem festgestellt wird, daß die Sache des Friedens und der Wiedervereinigung Deutschlands die Nationalisierung der Rüstungsmonopole erfordere. Alle diese konstruktiven Vorschläge der Volkskammer sind nach wie vor höchst aktuell und bedeutungsvoll. Sie sind die feste Grundlage und Richtschnur im Kampf um die friedliche, demokratische Wiedervereinigung Deutschlands.

Die Volkskammer hat auch auf dem Gebiet der Außenpolitik eine gewaltige Arbeit geleistet. Gerade hier erwies sich, daß die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik einen Wendepunkt in der Geschichte Europas darstellt. Zum erstenmal in der deutschen Geschichte gibt es einen deutschen Staat, dessen Außenpolitik nicht mehr vom expansionistischen Streben der räuberischen Monopole und Militaristen bestimmt ist. Die Grundsätze der Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik sind: „Kampf um den Frieden, Gleichberechtigung in den internationalen Beziehungen, Freundschaft zwischen den Völkern und Kampf gegen jegliche imperialistische Unterdrückung und Ausplünderung fremder Völker, Unterstützung des gerechten Freiheitskampfes aller Völker gegen die imperialistischen Unterdrücker.“